

Uta Schlegel, Walter Friedrich

Positionen sachsen-anhaltinischer StudentInnen zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung

1. Zu Forschungsgegenstand, Kontext und Methode der Untersuchung

Gleichstellungsbezogene Einstellungen sind heute verortet auf u.a. folgendem Hintergrund:

- den unstrittig erreichten Fortschritten in der Stellung der Frau in den letzten Jahrzehnten in unserer Gesellschaft;
- den heute klar profilierten politischen Leitbildern und Zielen für Frau und Familie im vereinten Deutschland und der EU: doppelte Erwerbsarbeit von Frau und Mann, geschlechtergerechte Aufteilung von Haus- und Familienarbeit, zumindest partielle Sozialisation der Kinder in außerfamiliären Einrichtungen;
- und last but not least der relativ neuen politischen Strategie des Gender Mainstreaming, die (zumindest rhetorisch) in der wissenschaftlichen und politischen Literatur und in öffentlichen und institutionellen Mittelverteilungsdebatten geradezu exzessiv – bis hin zur Professionalisierung¹ – Platz greift.

Demgegenüber scheint die (durchaus differenzierte) *Akzeptanz* gegenwärtiger und künftiger Gleichstellungspolitiken weitgehend aus dem Blick geraten zu sein. Dabei meint solche Akzeptanz die

- durch die Bevölkerung(en) im Allgemeinen,
- durch die AdressatInnen von Geschlechtergleichstellungspolitiken,
- durch die Felder, in denen solche Maßnahmen angesiedelt sind, z.B. Hochschulen, Unternehmen, Verwaltungen
- und last but not least durch die PolitikerInnen.

Diese Akzeptanz zu gewinnen ist zwar zum einen eine nicht zu unterschätzende Bedingung für die Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter und zum anderen eine sehr wesentliche Aufgabe einschlägiger Politiken; *sie kann nicht als selbstverständlich unterstellt werden*. Das ergibt sich gegenwärtig und für die Zukunft – explizit auch betreffend Akzeptanz von und Durchsetzungswillen/-möglichkeiten für Geschlechtergleichstellungspolitik durch PolitikerInnen – auch insbesondere daraus,

- dass zunehmende Verteilungskämpfe auf dem Arbeitsmarkt die bekannten Tendenzen zu Ausschließungsmechanismen von Frauen nach sich ziehen (können);

¹ vgl. die expandierenden Begriffe/Sachverhalte Gender-Training, Gender-Kompetenz, Gender-Control, Managing Diversity usw., auch in der Beantragung öffentlicher Mittel (Gender Mainstreaming als Top-down-Strategie!) für Tagungs-, soziale u.a. Projekte; vgl. hierzu auch den konstruktiv-kritischen und ironischen Aufsatz von Wetterer (2002)

- dass bei knapper werdenden öffentlichen Mitteln – wie immer in der neueren Geschichte – die Geschlechterpolitik im Insgesamt dringlich zu lösender gesellschaftlicher Probleme schnell auf einen hinteren Rangplatz verschoben wird;
- dass bei der gegenwärtigen Ökonomisierung des Sozialen und mit weiter zunehmender Relevanz des reduktionistischen Arbeitsbegriffs (im Sinne seiner Beschränkung auf bezahlte Erwerbsarbeit) das Geschlechterverhältnis als gesellschaftspolitisches Thema implizit nivelliert wird;
- dass im Zuge der EU-Erweiterung künftige kulturelle Unterschiede und Integrationsschwierigkeiten gerade bezüglich der Geschlechterpolitik nicht übersehen werden können, wie sie besonders evident sind in einer Verankerung drastisch konservativerer Geschlechtsrollen- und Familienvorstellungen in den Beitrittsländern wie Tschechien, Slowenien, Polen, Ungarn. (vgl. Gerhards/Hölscher 2003);
- dass es – entgegen der verbreiteten Annahme, dass sich in den „reichen“ Industrieländern die Pattern von Mädchen und Jungen annähern, also die Geschlechterdifferenzen abnehmen – unter der *jungen Generation in Deutschland* noch bzw. wieder ganz erhebliche Geschlechtsunterschiede in gleichstellungsrelevanten Einstellungen gibt: Männliche Jugendliche (auch Ältere) besitzen heute deutlich ausgeprägtere konservative Vorurteile als Mädchen; das betrifft – insbesondere hinsichtlich der Erwerbsarbeit der Frau und der außerfamiliären Sozialisation der Kinder – häufiger die alten als die neuen Bundesländer.

Nicht zufällig nehmen in letzter Zeit deshalb und angesichts der ohnehin problematischen rechtlichen Sanktionslage² juristische Auseinandersetzungen und Urteile zu speziellen wie auch zu allgemeineren Gleichstellungsproblemen auf den verschiedenen Instanzenebenen deutlich zu.³

² So problematisiert Richter (2002) die juristische Haltbarkeit des Gleichberechtigungsgrundsatzes; er verweist in einer seiner 4 Thesen mit Recht darauf, dass sich „gleichberechtigt“, „benachteiligt“, „bevorzugt“ im Artikel 3 des Grundgesetzes auf die Frauen als *Gruppe* bezieht, nicht aber auf einzelne Frauen.

³ interessanterweise von Frauen und Männern bzw. ihren InteressenvertreterInnen: beispielsweise von Männern (erfolgreich) gegen ein geschlechtsdifferentes gesetzliches Rentenalter, aber erfolglos gegen die bevorzugte Einstellung von Frauen bei gleicher Eignung, von Frauen (erfolgreich) gegen ihre beruflichen Einschränkungen in der Bundeswehr, von Männern (erfolglos) gegen die Beschränkung der Wehrpflicht auf Männer sowie gegen die so genannte Meistergründungsprämie speziell für Frauen – letzteres mit folgender Begründung (Az.: 3 C 53-56.01): Zwar verbieten das Grundgesetz der BRD und auch das europäische Gemeinschaftsrecht eine Bevorzugung – jedoch: Der Staat ist qua Grundgesetz verpflichtet, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern und deshalb auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Im März 2000 scheiterte vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Anfechtung (durch männliche Kläger aus dem Hessischen Landtag) eines deutschen Gesetzes, das die Einstellung und Beförderung von Frauen im öffentlichen Dienst begünstigt (Rechtssache C-158/97). Danach sind Quotenregelungen, Frauenförderpläne usw. klar mit den EU-Gleichbehandlungsvorschriften vereinbar.

Insgesamt ist der EuGH um die Schaffung von entsprechenden durchsetzbaren Rechtsansprüchen bemüht. Beispielsweise entwickelte er die Rechtsfigur der „mittelbaren Diskriminierung“ sowie ein Instrumentarium, um sie aufzuspüren und dagegen vorgehen zu können. *Mittelbare Diskriminierung* liegt vor, wenn eine geschlechtsneutrale Regelung ein Geschlecht in *größerem Umfang nachteilig betrifft*, d. h., wenn die Anwendungsergebnisse von Frauen und Männern bei einer Gegenüberstellung von Vergleichsgruppen wesentlich voneinander abweichen, ohne dass dies *sachlich und ohne Zuhilfenahme von Geschlechterstereotypen gerechtfertigt werden kann*. (Berghahn 2002: 31)

Deshalb haben wir diese Akzeptanz-Problematik am Institut für Hochschulforschung (HoF) mit zwei größeren Forschungsprojekten zu klären versucht. Seit den letzten zwei Jahren gibt es an unserem Institut sowohl ausschließlich genderbezogene Forschungsprojekte⁴ wie auch genderbezogene Ergebnisse aus anderen Projekten⁵. Über die speziellen Forschungsgegenstände der beiden sachsen-anhaltinischen Projekte (zu Budgetierung und Frauenförderprogrammen an Fachhochschulen) hinaus haben wir gemeinsam eine StudentInnenuntersuchung an Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt durchgeführt, gerichtet auf folgende Einstellungsbereiche:

- Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit qua Geschlecht bei Studierenden,
- Zuschreibung von Gründen von weiblicher Benachteiligung,
- antizipierter Veränderungsbedarf und Verantwortungszuschreibung,
- Einschätzung der Wirksamkeit/Akzeptanz verschiedener Gleichstellungspolitiken,
- Wahrnehmung der Gleichstellungsbemühungen an der eigenen Hochschule.

(darüber hinaus geschlechtstypische Leistungsattribution heute im Vergleich zu 1983, worauf wir hier aber nicht eingehen).

Die Daten wurden per Fragebogen (freiwillige Teilnahme, strikt anonym) im Gruppenverband an zwei ausgewählten Fachhochschulen erhoben (N = rd. 600 Studierende, rd. 340 weiblich/260 männlich); in weiblich dominierten (Sozialwesen, Tourismuswirtschaft), männlich dominierten (Maschinenbau, Kommunikationsinformatik) und geschlechtergleichfrequentierten Studiengängen (Betriebswirtschaft); im jeweils 1. und letzten Studienjahr.

Die umrissenen gleichstellungsrelevanten Pattern *unter Studierenden* zu untersuchen schien uns unter folgenden Perspektiven von Bedeutung:

- Es handelt sich dabei um die nachwachsende junge Generation, die für die aktive Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft von Bedeutung ist.

Als Sanktionen sind auch solche spezifischen Reaktionen anzusehen wie etwa die Ahndung/Abmahnung bei „würdelosen“ Darstellungen von Geschlechtsrollenbildern (vor allem der Frauen) in der Werbung/in den Medien durch den Deutschen Werberat.

⁴ Die Untersuchung, deren Ergebnisse dieser Beitrag ausschnittsweise darstellt, wurde im Rahmen der ersten beiden folgenden durchgeführt. (Näheres zu den HoF-Projekten s. unter www.hof.uni-halle.de/projekte)

- Leistungsorientierte Budgetierung von Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt nach dem Gender Mainstreaming Konzept (Anke Burkhardt)
- Gleichstellung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt – wiss. Begleitung zweier Landesprogramme zur Gleichstellung an Hochschulen wissenschaftlich begleitet: „Forschungsstipendien zur Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses im Land Sachsen-Anhalt“ und „Förderung der Berufungsfähigkeit von Frauen an Fachhochschulen im Land Sachsen-Anhalt“ (Uta Schlegel)
- Evaluierung eines Frauenkompetenzzentrums an Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern (Roland Bloch/Jens Hüttmann)
- EU-Expertinnengruppe Enwise – Enlargement of Women in Science and East (Anke Burkhardt)
- ⁵ Studierwilligkeit und Studienverzicht in alten und neuen Bundesländern im Vergleich (Irene Lischka) – s. Beitrag in diesem Band
- Zielvereinbarungen und Hochschulverträge als Elemente der Hochschulsteuerung und Ausdruck einer neuen Beziehung zwischen den Akteuren der Hochschulpolitik (Karsten König): „Gender Budget – Frauengerechte Hochschulsteuerung über Zielvereinbarungen?“ Referat auf der 13. Tagung der BuKoF-Kommission „Frauenförderung und Frauenforschung an Fachhochschulen“ zu „Gender konkret – Chancengleichheit an Fachhochschulen“ 25.-27.6.2003 an der Fachhochschule Stralsund
- Kreckel, Reinhard (2003): Gleichberechtigte Akademikerinnen: gleiche Rechte, gleiche Leistungen, ungleiche Chancen – warum? In: scienta halensis 2/2003, S. 25-26

- Studierende von heute sind die potentiellen Führungskräfte in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft usw. von morgen.
- Hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse sind Hochschulen offenbar charakterisiert durch eine seltene und extreme Polarisierung: Sie erscheinen – hinsichtlich der Struktur ihres wissenschaftlichen Personals – als die „zurückgebliebensten Provinzen der Republik“ (Jutta Limbach), demgegenüber bei den Studierenden (im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. Politik, Arbeitsmarkt, Karrieren) aber als ein Eldorado der erreichten Gleichberechtigung. Letzteres liegt hauptsächlich darin begründet, dass heute beiden Geschlechtern ganz selbstverständlich der Zugang zu den Hochschulen frei steht und dass die Studentinnen und Studenten während des Studiums – wie in kaum einem anderen Lebenszusammenhang – weitgehend geschlechterhomogene Arbeits- und Lebensbedingungen (wie etwa Zeitbudgets, finanzielle Lagen, Kommunikationsmuster) vorfinden. Andererseits haben sie die geschlechtstypische⁶ sogenannte „gläserne Decke“ im beruflichen Fortkommen von HochschulabsolventInnen noch nicht erfahren.

Bei den folgenden Ergebnissen zu gleichstellungsrelevanten Einstellungen und Urteilen muss jedoch berücksichtigt werden, dass sie keinesfalls auf die gesamte Bevölkerung verallgemeinert werden können: Es ist gut bekannt, dass *Studierende eine Selektivpopulation* der Bevölkerung darstellen, in der die Leistungstärksten, auch die gesellschaftlich Progressivsten ihrer Generation deutlich überrepräsentiert sind. Außerdem rekrutieren sie sich sehr viel mehr aus den höheren Bildungs- und Einkommensschichten der Bevölkerung. Sie haben von ihren eigenen Lebenszusammenhängen und -erfahrungen her bisher mehrheitlich auch noch keine markanten Diskriminierungserfahrungen gemacht. Des Weiteren ist zu beachten, dass die gegenwärtig in den neuen Bundesländern Studierenden ganz überwiegend (in unserer Untersuchungspopulation: 85 Prozent) in der DDR geboren und mit DDR-sozialisierten Müttern (mit ihrem „Gleichstellungsvorsprung“) und Vätern aufgewachsen sind.⁷

⁶ Wir verwenden hier – im Unterschied auch zur europäischen Sprachregelung (100 Begriffe 1998) – bewusst „geschlechtstypisch“ (gegenüber verbreitet noch geschlechtsspezifisch), da dies sowohl theoretisch präziser als auch politisch korrekter ist: Es gibt im sozialwissenschaftlichen Kontext kaum Lebensbereiche, Einstellungen, Verhaltensweisen usw., die nur für eine der beiden Geschlechtergruppen zutreffen (und damit spezifisch wären). Vielmehr handelt es sich innerhalb derer um unterschiedlich auftretende Häufigkeiten bzw. Ausprägungen zwischen den Geschlechtergruppen und damit um typische Unterschiede.

⁷ Um die anteilige Herkunft der Studierenden Ost-West und daraus sich ergebende möglicher Einstellungsdifferenzen zu ermitteln, lautete ein Indikator des Fragebogens: „Wo sind sie in Kindheit/Jugend überwiegend aufgewachsen?“ Antwortmöglichkeiten und -verteilung: in der DDR (85 Prozent), in der alten BRD (12 Prozent), woanders (3 Prozent).

2. Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit qua Geschlecht

Zunächst erschien uns wichtig festzustellen, ob, in welchem Ausmaß und für welche sozialen Lebensbereiche die Studierenden Benachteiligungen qua Geschlecht überhaupt reflektieren, da dies als Determinante für andere Einstellungen (Gründe für Benachteiligung, Veränderungsbedarf, Akzeptanz von Gleichstellungspolitiken) angenommen werden kann. Einleitend sollten die Studierenden die Chancengleichheit der Geschlechter in unserer Gesellschaft insgesamt einschätzen. Die Tabelle 1 belegt, dass knapp die Hälfte der Befragten der Meinung ist, die Chancen/Entwicklungsmöglichkeiten der Geschlechter seien heute im Wesentlichen gleich. Jedoch nur 4 Prozent von ihnen stimmen der Aussage „völlig“ zu. Die andere knappe Hälfte macht deutliche Einschränkungen geltend, sieht dies nur „teilweise“ verwirklicht. Noch stärkere Vorbehalte melden 7 Prozent an, 1 Prozent von denen stimmt „überhaupt nicht zu“.

Tabelle 1: Chancengleichheit der Geschlechter in unserer Gesellschaft heute? (Angaben in Prozent)

	"In unserer Gesellschaft haben heute Frauen und Männer die gleichen Chancen und Möglichkeiten."		
	trifft völlig zu (1)/ trifft im wesentlichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/ trifft überhaupt nicht zu (5)
weiblich	36	56	8
männlich	61	33	6
gesamt	46	46	8
Linke	36	52	12
Mitte	55	42	3
Rechte	48	47	5
Westsozialisierte	41	48	11
Ostsozialisierte	47	46	7

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Die gravierendsten Unterschiede zeigen sich dabei *zwischen den Geschlechtern*: Weibliche Studierende beurteilen die Lage drastisch negativer, sie stimmen unter den Antwortpositionen (AP) 1+2 zu 25 Prozent weniger zu als männliche!

Darüber hinaus erweist sich der politische Standort nach dem *Links-Rechts-Spektrum*⁸ als ein wesentlicher Einflussfaktor. Linksorientierte bewerten die bis heute

⁸ Der Fragebogen enthielt dazu einen Indikator zur Selbsteinordnung im Links-Rechts-Spektrum: „Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“ Das sechsstufige Antwortmodell ließ folgende Antworten zu: 1 links, 2 eher links als rechts, 3 weder links noch rechts, 4 eher rechts als links, 5 rechts, 0 weiß ich (noch) nicht. Die ermittelten Skalenwerte 1 – 5 wurden von uns zu drei groben Kategorien, nämlich Linksorientierte, Rechtsorientierte und „Vertreter der Mitte“ zusammengefasst. (vgl. Tabelle 2)

verwirklichte Chancengleichheit der Geschlechter bedeutend kritischer als die Vertreter der politischen Mitte oder der Rechtsorientierten. Das sind typische Ergebnisse für unsere gesamte Untersuchung: Nach den Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen erweisen sich die nach dem politischen Standort als besonders groß und aussagekräftig. Linksorientierte nehmen den Istzustand der Geschlechterverhältnisse in unserer Gesellschaft überwiegend kritischer wahr und sehen deren Gründe in gesellschaftlichen Bedingungen (nicht im „Biologischen“ oder im „Wesen“ der Geschlechter). Sie befürworten auch stets mehr geschlechterdemokratische Veränderungen und Maßnahmen.

In diesem Kontext ist von Interesse, wie sich die Studierenden insgesamt im Links-Rechts-Spektrum verteilen (vgl. Tabelle 2). Von 10 Studierenden unserer Stichprobe ordnen sich demnach 5 in der Mitte ein, 4 sind links- und 1 rechtsorientiert, wobei sich die jungen Frauen – erwartungsgemäß⁹ – etwas mehr links positionieren.

Tabelle 2: Selbstverortung im Links-Rechts-Spektrum (Angaben in Prozent)

	weiblich	männlich	gesamt
Linksorientierte	40	33	38
Mitte	49	54	51
Rechtsorientierte*	11	13	11

*Die Rechtsaußen-Position (Skalenpunkt 5) wurde nur von insgesamt 4 Personen gewählt, so dass wir die Rechtsorientierten unserer Population nahezu durchweg als „Rechtskonservative“ bewerten können.

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Die Unterschiede zwischen *Ost- bzw. West-Sozialisierten* fallen dagegen gering aus; Studierende mit Ostherkunft urteilen (sicher nicht zufällig) etwas positiver. Auch im Folgenden zeigen sich kaum bzw. keine Unterschiede nach der regionalen Herkunft. Möglicherweise ist das dem Umstand zu verdanken, dass es sich bei den Studierenden aus den alten Bundesländern um eine Selektivpopulation handelt (Eltern übergesiedelt, Wahl einer Hochschule in den neuen Bundesländern – eher bei Linksorientierten im Westen).

Der Vergleich der Aussagen von *Studierenden aus dem 1. mit denen aus dem 4. Studienjahr* zeigt, dass die Einstellungen zu den Geschlechterverhältnissen bereits vor Studienbeginn deutlich ausgeprägt sind und sich im Laufe des Studiums nur wenig ändern. Das gilt ebenfalls wieder für alle folgenden Einstellungsbereiche.

Nach dieser allgemeinen Einschätzung der gegenwärtig erreichten

Trotz des methodisch wie politisch-inhaltlich häufig kritisch diskutierten Verfahrens (vor allem wird auf die eher nachlassende Bedeutung dieses Modells für die politische Orientierung der Gegenwartsjugend verwiesen), hat es nach wie vor für die sozialwissenschaftliche Forschung seinen Wert. Es differenziert u.E. immer noch so gut wie die Fragen nach der Parteilichkeit oder nach der Parteienwahl bei der letzten Stimmabgabe.

⁹ Gut bekannt sind die Zusammenhänge zwischen den Möglichkeiten, eigene Lebensansprüche verwirklichen zu können, und der Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen; letztere schlägt sich – bei eingeschränkteren Optionen – in kritischer Distanz zum Staat, zur Politik, zur Demokratie und in einer eher linken Selbstverortung im politischen Spektrum nieder. (Schlegel 1993, 2002)

Chancengleichheit wurden Urteile über verschiedene spezielle Bereiche eingeholt. Die Verwirklichung der Chancengleichheit der Geschlechter wird in den hier angeführten sozialen Bereichen recht unterschiedlich beurteilt; das Studium nimmt dabei mit Abstand eine Spitzenstellung ein – zu Recht: Tatsächlich sind die Arbeits- und Lebensbedingungen (wie etwa Zeitbudget, finanzielle Lage, Kommunikationsmuster) zwischen den Geschlechtern sehr homogen – wie in kaum einem anderen Lebenszusammenhang.

Es folgen in der Einschätzung: die Familie, das eigene künftige Berufsfeld und das Finden einer Lehrstelle. Mit deutlichem Abstand wird die realisierte Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und der beruflichen Karrieren bewertet. Die größte Skepsis herrscht auf dem Gebiet der Politik vor.

Tabelle 3: Chancengleichheit in wichtigen Lebensbereichen?
(Angaben in Prozent)

"Wirklich gleiche Chancen haben Frauen und Männer heute bei uns in folgenden Bereichen:"		trifft völlig zu (1)/trifft im wesentlichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/trifft überhaupt nicht zu (5)
bei der Suche einer Lehrstelle	weiblich	55	35	10
	männlich	65	29	6
	gesamt	60	32	8
auf dem Arbeitsmarkt	weiblich	31	51	18
	männlich	48	40	12
	gesamt	38	47	15
bei der beruflichen Karriere	weiblich	23	47	30
	männlich	44	46	10
	gesamt	32	46	22
im Studium	weiblich	93	6	1
	männlich	96	3	1
	gesamt	94	5	1
speziell in meinem künftigen Berufsfeld	weiblich	64	35	1
	männlich	63	25	12
	gesamt	64	27	9
in der Politik	weiblich	18	39	43
	männlich	44	36	20
	gesamt	29	38	33
in der Familie	weiblich	69	21	10
	männlich	79	16	5
	gesamt	73	19	8

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Auffallend und erstaunlich hierbei ist die deutlich unterschiedliche Wahrnehmung der Chancengleichheit der Geschlechter in den beruflichen Karrieren insgesamt (trifft völlig/im wesentlichen zu: 32 Prozent, wbl. 23 Prozent/ml. 44 Prozent) und im eigenen künftigen Berufsfeld (64 Prozent, wbl. 64 Prozent/ml. 63 Prozent): Die

beruflichen Entwicklungschancen der „anderen“ werden – insbesondere von den jungen Frauen – deutlich kritischer wahrgenommen, als sie die für sich selbst in der Zukunft einschätzen. Dieser große (sicher zu große) Optimismus liegt offenbar darin begründet, dass die Studierenden in ihrem bisherigen Lebenslauf noch keine gravierenden Chancenunterschiede erfahren haben, geschweige denn die jungen Frauen im beruflichen Aufstieg an die so genannte „gläserne Decke“ gestoßen wären.

Männliche Studierende beurteilen die Gleichstellung in diesen Bereichen fast durchgängig/teilweise drastisch optimistischer als weibliche, besonders bei den Feldern Politik und berufliche Karriere (Geschlechterdifferenz 26 Prozent bzw. 21 Prozent!). Das dürfte eine charakteristische Widerspiegelung der derzeit vorherrschenden objektiven Situation, der Männerdominanz sowie der entsprechenden Geschlechterstereotype im Politikbereich sein. Während die männlichen Studierenden das relativ positiv beurteilen, kommt bei den weiblichen aber eine stärkere Unzufriedenheit zum Ausdruck, was eine aus Untersuchungen seit langem bekannte Erscheinung ist.

Die Unterschiede zwischen den Ost- bzw. West-Sozialisierten sind dabei wieder gering und können vernachlässigt werden, wobei die im Osten Aufgewachsenen jedoch stets um 2 bis 5 Prozent positiver urteilen – bezeichnenderweise mit Ausnahme der Chancengleichheit im späteren beruflichen Arbeitsfeld, wodurch die unterschiedliche Lage auf den Ost-West-Arbeitsmärkten zum Ausdruck kommt.

Ein wesentlich größerer Einfluss auf die Urteilsbildung der Studierenden geht (wieder) von ihrer politischen Grundorientierung aus: Linksorientierte bewerten die Chancengleichheit der Geschlechter sehr viel kritischer als die Vertreter der Mitte und besonders der Rechtsorientierten.

Die Differenzen bewegen sich zwischen 15 und 23 Prozent – auch hier wieder typischerweise mit Ausnahme ihres eigenen künftigen Berufsfeldes. Die größten Unterschiede treten zwischen den Linken und Rechten/Mitte bei der Einschätzung der Chancen der Geschlechter in den beruflichen Karrieren sowie in der Politik- wie Familiensituation zutage.

Während des Studiums verändern sich diese Einstellungen bei den Studierenden nicht bzw. nur in sehr geringem Maße. Ausnahmen bilden lediglich:

- die allgemeine Einstellung zur Chancengleichheit in der heutigen Gesellschaft, die sowohl von weiblichen wie von männlichen Studierenden am Ende des Studiums *weniger* positiv beurteilt wird als am Beginn;
- die Chancengleichheit in der Politik, die von älteren Studenten sehr viel positiver beurteilt wird als von denen im ersten Studienjahr (53 Prozent zu 35 Prozent). Die Studentinnen dagegen verbleiben bei ihrer Reservehaltung.

3. Zuschreibung von Gründen von weiblicher Benachteiligung

Aus der Tabelle 4 ergibt sich ein vielschichtiges Bild: Alle hier genannten hypothetischen Einflussfaktoren werden von 20 bis 50 Prozent der Studierenden auch als wesentliche Gründe/Ursachen für das Fortbestehen der Benachteiligungen von Frauen/Mädchen in unserer Gesellschaft hervorgehoben. Doch gibt es bemerkenswerte Unterschiede in der Häufigkeitszuschreibung der einzelnen Faktoren: An den vorderen Positionen der Ursachen-Rangreihe stehen die sozial-kulturellen Traditionen und das Elternhaus. Staat/Gesetze und Schulen werden dagegen am wenigsten dafür verantwortlich gemacht!

Die Wirkungen von biologischen und psychischen „Wesensmerkmalen“ werden immerhin von mehr als jeder/m vierten Studierenden als bedeutend eingeschätzt! Die Analyse nach dem Sortierungsmerkmal West-Ost-Herkunft ergab keine signifikanten Differenzen.

Tabelle 4: Weibliche Benachteiligung warum? (Angaben in Prozent)

"Wenn Mädchen/Frauen in unserer Gesellschaft noch benachteiligt werden, dann liegt das meiner Meinung nach an folgendem."		trifft völlig zu (1)/trifft im wesentlichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/trifft überhaupt nicht zu (5)
an ihnen selbst	weiblich	27	41	32
	männlich	30	36	34
	gesamt	28	39	33
an den Jungen/Männern in ihrem Umfeld	weiblich	34	43	23
	männlich	30	41	29
	gesamt	33	43	24
am Staat/an den Gesetzen	weiblich	22	32	46
	männlich	13	21	66
	gesamt	19	27	54
an der Erziehung in der Schule	weiblich	23	30	47
	männlich	15	21	64
	gesamt	20	26	54
an der Erziehung im Elternhaus bzw. an den elterlichen "Vorbildern"	weiblich	48	33	19
	männlich	36	42	22
	gesamt	44	36	20
an der Biologie, weil Frauen Mütter werden können	weiblich	28	22	50
	männlich	30	26	44
	gesamt	28	24	46
an den langen historischen/kulturellen Traditionen	weiblich	52	31	17
	männlich	42	33	25
	gesamt	47	32	21
am unterschiedlichen Wesen der Geschlechter	weiblich	28	40	32
	männlich	23	46	31
	gesamt	25	43	32

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Hinter dieser vielfältigen, eben „komplexen Sicht“ auf die Ursachen/Gründe der Frauenbenachteiligung – die natürlich zum Teil auch durch die umfangreiche Indikatorbatterie mit nahegelegt wird – verbirgt sich ja auch noch ein ernstzunehmendes Maß an Urteilsunsicherheit bei einer größeren Zahl von Studierenden.

Das erstaunt insofern, als zum einen (allerdings nur bezogen auf die alte BRD) in den letzten Jahrzehnten ein Meer von Literatur und öffentlichen Diskursen (unter dem Motto „Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht!“) und zum anderen auch aktuelle Forschungsergebnisse zu besseren Leistungen der Mädchen und jungen Frauen (wie Schulleistungen – PISA, Hochschulabschlüsse) von hohem Medien- und politischen Interesse nahe legen müssten, dass das weibliche Geschlecht das „stärkere“ sei.

Daher bleibt der Bedarf an Bildungs- und Aufklärungsarbeit unbestreitbar immer noch hoch! Deren (zumindest kurzfristige!) Wirkungen im Bereich unterstellter „angeborener“ Geschlechtermerkmale mit Bedeutung für ihre unterschiedliche soziale Stellung sollten allerdings nicht überschätzt werden (wir kommen abschließend unter 7. darauf zurück) – angesichts der historischen Zählebigkeit solcher Vorurteile bis heute und angesichts eines zu befürchtenden künftigen argumentativen Rückgriffs auf sie in der Folge zunehmender Konkurrenzen.

Ein anderes Bild ergibt sich wiederum bei der Durchsicht nach dem Kriterium der politischen Grundorientierungen im Links-Rechts-Spektrum: Hier können Differenzen zwischen Linksorientierten und den beiden anderen Positionen von 7 bis 20 Prozent beobachtet werden. Linksorientierte machen insbesondere häufiger die sozialen Faktoren (Traditionen, Elternhaus), Rechtsorientierte dagegen um 10 Prozent häufiger das „psychische Wesen“ als Ursache für die Benachteiligung der Frauen verantwortlich, also eine konservative Deutung. Das entspricht durchaus den traditionell verbreiteten Denkstereotypen zwischen politisch Linksorientierten bzw. Rechtsorientierten.

Bei den insgesamt vergleichsweise geringeren Unterschieden zwischen den Geschlechtern fallen gerade folgende drastische Wahrnehmungsunterschiede auf: Deutlich weniger Studenten sehen den Staat, die Gesetze (66 Prozent - wbl. 46 Prozent) oder die Schule (64 Prozent - wbl. 47 Prozent) als Ursachen der sozialen Benachteiligung des weiblichen Geschlechts an, Studentinnen machen mehr das Elternhaus dafür verantwortlich (48 Prozent - ml. 36 Prozent).

4. Antizipierter Veränderungsbedarf und Verantwortungszuschreibung

Die Frage nach dem Veränderungsbedarf zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter in unserer Gesellschaft wird fast von jeder zweiten Studentin, aber nur von jedem vierten Studenten bejaht! Ein sehr großer Unterschied, der die hohe Aktualität des Themas bei den Studentinnen unterstreicht.

Mit besonderem Nachdruck wird diese Auffassung von linksorientierten weiblichen

wie männlichen Studierenden vertreten (49 Prozent im Vergleich zu 22 Prozent der Rechtsorientierten).

Tabelle 5: Dringender Veränderungsbedarf? (Angaben in Prozent)

	"Für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter gibt es in unserer Gesellschaft noch einen hohen und dringenden Veränderungsbedarf."		
	trifft völlig zu (1)/ trifft im wesentlichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/ trifft überhaupt nicht zu (5)
weiblich	47	41	12
männlich	26	40	34
gesamt	38	41	21

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Von wem Unterstützung erwartet wird bzw. wem Kompetenz für positive Veränderung zugeschrieben wird, das belegt Tabelle 6.¹⁰

Tabelle 6 zeigt, dass die absolute Mehrheit sowohl der weiblichen wie männlichen Studierenden die *Eigeninitiativen der Frauen* (mit 71 Prozent in der Spitzenstellung) als besonders wesentlich und Erfolg versprechend ansieht. Das spricht eindeutig für ein starkes Selbstbewusstsein, für Eigenverantwortung und für einen aktiven Handlungswillen der jungen Frauen selbst. Ihre Werte liegen immer noch etwas über denen der jungen Männer.

Interessant ist, dass innerhalb der antizipierten Veränderungsfaktoren zur Gleichstellung der Frauen – im Vergleich zu anderen sozialen Bereichen – die Selbstzuschreibung so hoch liegt und das auch in Anbetracht der insgesamt aus Untersuchungen zur Gesamtbevölkerung bekannten eher paternalistischen Haltungen (also eine höhere Verantwortungszuschreibung an den Staat) der Ostdeutschen (noch 1995 vgl. Gleichberechtigung 1996). Bezüglich letzterem kann dieser interessante Befund auch typisch sein für unsere Stichprobe als Selektivpopulation im oben umrissenen Sinne.

Darüber hinaus: Im Kontext der übrigen möglichen Veränderungspotenziale kann die (neuere?) hohe Präferenzierung eigenen Veränderungspotenzials im allgemein zunehmenden Misstrauen gegenüber staatlichen Handlungserfolgen in diesem Bereich bzw. an den gegenwärtig wahrgenommenen Verschiebungen in den Wirkungen von (eingeschränkter) Politikgestaltung und (zunehmendem) Wirtschaftseinfluss begründet sein.

Trotzdem werden die staatliche Frauenpolitik und der Einsatz engagierter Politikerinnen von mehr als der Hälfte der Studentinnen (12 bzw. 13 Prozent weniger der Studenten) auch als wichtiges Potenzial angesehen.

¹⁰ Für Interessierte an dieser Fragestellung sei hingewiesen auf die für die Gesamtbevölkerung repräsentative Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach, die viel differenzierter „InteressenvertreterInnen“ der Frauen einbezieht, nicht aber die Position „jede Frau selbst“. (Fraueninteressen 2000)

Deutlich weniger (37 Prozent) versprechen sie sich dagegen von Frauengruppen und der Frauenbewegung. Das verwundert nicht auf dem Hintergrund der anhaltenden „Feminismus“-Distanz der Ostdeutschen und fehlenden eigenen Traditionen in diesem Feld¹¹ (einschließlich fehlender Erfahrungen mit entsprechenden Erfolgseffekten¹²). Möglicherweise stellen sich insofern Ergebnisse unter westdeutschen Studierenden hier anders dar.

Linksorientierte stellen häufiger als Rechtsorientierte ihre Forderungen an engagierte Politikerinnen (16 Prozent), besonders jedoch an die Frauenbewegung (26 Prozent) und an die Frauenpolitik (24 Prozent) – sie besitzen offensichtlich ein erheblich höheres Anspruchs- und Forderungsniveau, sie sind unzufriedener mit dem Erreichten und bringen mehr Selbstinitiative zum Ausdruck.

Tabelle 6: Wer soll/kann Veränderungen erreichen? (Angaben in Prozent)

"Verbesserungen zur Gleichstellung der Frauen können vor allem durchgesetzt werden:"		trifft völlig zu (1)/trifft im wesentlichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/trifft überhaupt nicht zu (5)
individuell von jeder Frau selbst	weiblich	73	22	5
	männlich	68	23	9
	gesamt	71	22	7
von engagierten Politikerinnen	weiblich	61	30	9
	männlich	49	32	19
	gesamt	56	31	13
von der Frauenbewegung, von Frauengruppen	weiblich	40	40	20
	männlich	33	31	36
	gesamt	37	37	26
von der staatlichen Frauenpolitik	weiblich	60	30	10
	männlich	47	31	22
	gesamt	55	31	14

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

5. Akzeptanz/Einschätzung der Wirksamkeit verschiedener Gleichstellungspolitiken

Wir haben den Studierenden u.a. zwei relativ „harte“ Statements zur Beurteilung vorgelegt und zwar:

- „Frauenförderung läuft dem Prinzip der Gleichbehandlung der Geschlechter zuwider.“

¹¹ wenn man absieht vom zeitlich begrenzten Boom „frauenbewegter“ basisdemokratischer Initiativen, politischer Präsenz und publizistischer Vielfalt (vgl. Schlegel 2003) während der „Wende“ und nach der deutschen Vereinigung

¹² im Rahmen insgesamt paternalistischer Politik in der DDR, in der auch die Frauen im Kern Objekt und nicht (Mit-)Akteurinnen von Frauen-/Familienpolitik waren (vgl. Schlegel 1997, 1998)

- „Frauenförderung unterläuft das Leistungsprinzip.“

Zu „*Frauenförderung kontra Gleichbehandlungsprinzip*“: Dass Frauenförderung im Widerspruch zum Prinzip der Gleichbehandlung der Geschlechter stehe, wird von den Befragten sehr unterschiedlich betrachtet. Etwa die Hälfte von ihnen meint, das treffe teilweise zu, die andere Hälfte spaltet sich zu fast gleichen Teilen in Zustimmende und Ablehnende dieser Aussage auf. Weibliche Studierende sehen hier verständlicherweise weniger einen Widerspruch als männliche, Linksorientierte weniger als Rechtsorientierte (26 Prozent gegenüber 34 Prozent).

Zu „*Frauenförderung kontra Leistungsprinzip*“: Die Antwortverteilung bei der zweiten Aussage weicht nur wenig von der ersten ab. Bemerkenswerter- und bedenklicherwise sehen 25 Prozent der Studierenden (wbl. 19 Prozent – ml. 30 Prozent) Frauenförderung in Kollision mit dem Leistungsprinzip. 42 Prozent aller Studierenden sind unsicher, ob die Frauenförderung das Leistungsprinzip unterläuft, aber jede/r Dritte ist einer gegenteiligen Meinung, sieht also keinen Widerspruch. Erwartungsgemäß steht für Rechtsorientierte die Frauenförderung häufiger dem Leistungsprinzip entgegen als für Linksorientierte (36 Prozent : 21 Prozent).

Tabelle 7: Frauenförderung kontra Gleichbehandlungsgrundsatz und Leistungsprinzip? (Angaben in Prozent)

		trifft völlig zu (1)/trifft im wesent- lichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/trifft überhaupt nicht zu (5)
„Frauenförderung läuft dem Prinzip der Gleichbehand- lung der Geschlechter zuwider.“	weiblich	22	51	27
	männlich	35	44	21
	gesamt	28	48	24
	Linke	26	47	27
	Mitte	28	51	21
	Rechte	33	39	28
„Frauenförderung unterläuft das Leistungsprinzip.“	weiblich	19	47	34
	männlich	30	35	35
	gesamt	25	42	33
	Linke	21	42	37
	Mitte	25	44	31
	Rechte	36	37	27

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Es ist zu befürchten, dass im Rahmen gegenwärtiger und künftiger Sozialreformen Entsolidarisierungen und Risikoindividualisierungen weiter an Gewicht gewinnen und möglicherweise Frauenförderung konterkarieren werden.

Man hat den Eindruck, dass diese Fragen bisher von den meisten Studierenden theoretisch wenig durchdacht worden sind und sie deshalb dazu keine stabile

Position besitzen. Mit Sicherheit besteht hier in diesem Bereich scheinbarer Widersprüche noch erheblicher Informations- und Aufklärungsbedarf – auch angesichts der (unter „Zuschreibung von Gründen von weiblicher Benachteiligung“ diskutierten) stärkeren intellektuellen Leistungen der jungen Frauen vs. ihrer Teilhabe an höheren Positionen in allen gesellschaftlichen Positionen.

Tabelle 8: Akzeptanz von Gleichstellungsinstrumenten (Angaben in Prozent)

"Von den gegenwärtig üblichen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter finde ich persönlich besonders gut geeignet und wirksam:"		kann ich nicht beurteilen (0)	Trifft völlig zu (1)/ trifft im wesentlichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/ trifft überhaupt nicht zu (5)
die Quotenregelung	weiblich	11	39	34	16
	männlich	10	20	31	29
	gesamt	11	31	32	26
bei Personalentscheidungen die Bevorzugung von Frauen bei gleicher Eignung und Qualifikation	weiblich	2	42	30	26
	männlich	4	18	28	50
	gesamt	3	33	29	35
Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten/ Frauenbüros	weiblich	6	51	31	12
	männlich	12	38	27	23
	gesamt	8	46	29	17
spezielle Angebote für Frauen (z.B. Frauenhochschulen, Weiterbildung)	weiblich	4	32	23	41
	männlich	7	22	20	51
	gesamt	6	29	22	43
Gender Mainstreaming, nach dem Gesetze, Maßn. usw. vor Inkraftsetzung zu prüfen sind, ob sie auf Frauen und Männer in gl. Weise wirken	weiblich	12	65	19	4
	männlich	20	48	21	11
	gesamt	15	58	20	7

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Davon abgesehen, kann allerdings die bei männlichen Studenten häufiger anzutreffende Position, dass Frauenförderung im Widerspruch zum Gleichbehandlungsgrundsatz und zum Leistungsprinzip steht, in (prospektiven) Ängsten – vor allem unter Studenten aus dem letzten Studienjahr – hinsichtlich ihrer künftigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt begründet sein.¹³

¹³ Da die beiden Forschungsleiterinnen (Burkhardt, Schlegel) die Untersuchungen in den Fachhochschulen selbst durchgeführt haben, ergaben sich teilweise im Anschluss informelle Gespräche, die auf solche Vermutungen hindeuten. In einem Fall kamen z.B. aus einer Untersuchungsgruppe eines stark männlich dominierten Studienganges (Maschinenbau/letztes Studienjahr) spontan einige Studenten und die einzige Studentin auf uns zu und thematisierten folgendes Problem: Im Allgemeinen (und sie hätten auch den Eindruck aus dem Fragebogen) würden Benachteiligungen qua Geschlecht unzulässig auf Mädchen/Frauen reduziert. Demgegenüber hätten sie bei ihren Stellenbewerbungen deutlich gegenteilige Erfahrungen gemacht. Die einzige junge Frau unter ihnen hatte auf insgesamt 3 Bewerbungen 3 Einladungen zu Vorstellungsgesprächen erhalten, 1 männlicher Fast-Absolvent hatte auf seine insgesamt rund 60 Bewerbungen keine einzige Einladung bekommen. Daraus schlossen sie auf eine Bevorzugung der Frauen beim Absolventeneinsatz auf dem Arbeitsmarkt – wie

Die Tabelle 8 lässt zunächst erkennen, dass nicht wenige der Befragten in der Beurteilung der vorgegebenen Maßnahmen recht unsicher sind (s. Spalte unter 0).

Lediglich *Gender Mainstreaming* sowie die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten/Frauenbüros erhalten eine relativ gute Akzeptanz und (zugeschriebene) Wirksamkeit. *Gender Mainstreaming* wird offensichtlich (im Unterschied zu allen anderen rein frauenspezifischen Maßnahmen/Organisationsformen) als gerechter wahrgenommen – auch von den jungen Männern. Dies kann als positiver Ausgangspunkt für die künftige Akzeptanz der *Gender-Mainstreaming-Strategie* angesehen werden.

Die Quotenregelung wie auch spezielle Angebote zur Frauenförderung sowie die Bevorzugung von Frauen bei gleicher Eignung und Qualifikation werden dagegen nur von jedem dritten Studierenden positiv bewertet, und von noch weniger eigens für Frauen „reservierte“ Angebote. (Letzteres könnte in den alten Bundesländern anders aussehen.)

Erwartungsgemäß treten bei der Bewertung dieser konkreten Maßnahmen größere Unterschiede zwischen den weiblichen und männlichen Studierenden in Erscheinung. Die Differenzen belaufen sich auf 10 bis 24 Prozent und tendieren immer zur höheren Akzeptanz durch die Studentinnen. Das ist besonders auffällig bei den Personalentscheidungen, die zwar 42 Prozent der weiblichen, aber nur 18 Prozent der männlichen Befragten positiv (als gut geeignet und wirksam) einschätzen. Das kann wohl vor allem als Niederschlag bestimmter Alltagserfahrungen der männlichen Befragten gedeutet werden, die sie als Benachteiligungen (individuell oder als Männergruppe) so erlebt haben. Ob diese Betroffenheitserlebnisse tatsächlich objektiv begründet waren oder von ihnen nur so empfunden worden sind, kann hier nicht beantwortet werden, sie werden aber sicher unter wachsenden Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zunehmen.

Zwischen den Ost-West-Herkunftsgruppen können wie schon bisher nur geringe Differenzen (unter 10 Prozent) ausgemacht werden – merkwürdigerweise mit Ausnahme der Einstellung zum *Gender Mainstreaming*, das die im Westen Aufgewachsenen zu 12 Prozent weniger positiv als die jungen Ostdeutschen bewerten!

Etwas stärker differenziert wiederum die politische Grundposition im Links-Rechts-Spektrum. Linksorientierte identifizieren sich meist mehr als Rechtsorientierte oder VertreterInnen der Mitte mit den Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung – etwa um 10 Prozent. Die Strategie des *Gender Mainstreaming* wird von ihnen sogar zu 19 Prozent positiver eingeschätzt. Das entspricht ganz dem Bild, das wir bisher von diesen Gruppen politischer Grundorientierungen gewonnen haben.

auch immer begründet z.B. durch Quotenregelung der Betriebe/Institutionen. Sie hielten diesen Sachverhalt für *ungerecht*, bewerteten ihn *sehr kritisch und relativ aggressiv*.

Das wird auch gestützt von dem (vgl. Tabelle 8) mit 18 Prozent als extrem klein auffallenden Anteil männlicher Studenten, der akzeptiert und für wirksam hält, dass bei Personalentscheidungen Frauen bei gleicher Eignung und Qualifikation bevorzugt werden.

6. Wahrnehmung der Gleichstellungsbemühungen an der eigenen Hochschule

Vorab muss bei der Interpretation dieser Aussagenbatterien folgende kritische Bemerkung beachtet werden: Bei allen 7 Items kam es zu hohen Zahlen von *Antwortverweigerungen*, nämlich zwischen 20 bis 40 Prozent der Gesamt- und Teilpopulationen. Diese Erscheinung ist ganz untypisch für unsere Untersuchung und erklärt sich daraus, dass zahlreiche Studierende den Grad der „Bemühungen“ von Gleichstellungsbüros, Gleichstellungsbeauftragten, der Hochschulleitung, Öffentlichkeitsarbeit usw. an ihren Hochschulen oder Fakultäten – vor allem die große Gruppe der StudienanfängerInnen – (noch) nicht kannten bzw. einschätzen können.

Tabelle 9: Wahrnehmung von Gleichstellungsbemühungen an der eigenen Hochschule (Angaben in Prozent)

„An meiner Hochschule gibt es deutliche Bemühungen um die Gleichstellung der Geschlechter.“		Trifft völlig zu (1)/trifft im wesentlichen zu (2)	trifft teilweise zu (3)	trifft kaum zu (4)/trifft überhaupt nicht zu (5)
durch das Gleichstellungsbüro der Hochschule	weiblich	35	33	32
	männlich	45	29	26
	gesamt	39	31	30
durch die Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten/ Fachbereiche	weiblich	41	31	28
	männlich	45	31	24
	gesamt	42	31	27
über Frauenstudiengänge	weiblich	18	20	62
	männlich	23	27	50
	gesamt	19	23	58
über Frauen- und Geschlechterthemen in Lehre und Forschung	weiblich	30	28	42
	männlich	28	30	42
	gesamt	30	28	42
durch die Hochschulleitung	weiblich	28	36	36
	männlich	39	36	25
	gesamt	32	37	31
in der Öffentlichkeitsarbeit	weiblich	34	36	30
	männlich	46	31	23
	gesamt	40	35	25
durch zunehmende Präsenz von Wissenschaftlerinnen	weiblich	52	30	18
	männlich	53	28	19
	gesamt	52	30	18

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

Viele waren offensichtlich überfordert, ein Urteil darüber abzugeben. Wahrscheinlich ist ihnen die Existenz dieser Institutionen bzw. deren Verantwortlichkeiten überhaupt

nicht bekannt gewesen.¹⁴ Diese Unsicherheit findet u.E. auch seinen Ausdruck in dem für diese Untersuchung ungewöhnlichen Trend zur Gleichverteilung auf die drei zusammengefassten Antwortpositionen (mit Ausnahme der Items 3 und 7).

Nur die Anwesenheit und Förderung von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen wird von mehr als der Hälfte der weiblichen und männlichen Studierenden positiv gewürdigt.

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen sind hier meist auffällig gering. Die in anderen Fällen sehr kritischen weiblichen Studierenden beurteilen hier ebenfalls die Tätigkeit des Gleichstellungsbüros, der Hochschulleitung und die Öffentlichkeitsarbeit an ihren Hochschulen zu etwa 10 Prozent negativer als männliche Studenten.

Tabelle 10: Wahrnehmung von Gleichstellungsbemühungen an der eigenen Hochschule im 1. und 4. Studienjahr (Angaben in Prozent)

„An meiner Hochschule gibt es deutliche Bemühungen um die Gleichstellung der Geschlechter“		1. Studienjahr trifft völlig zu bzw. im wesentlichen zu (1+2)	4. Studienjahr trifft völlig zu bzw. im wesentlichen zu (1+2)
durch das Gleichstellungsbüro der Hochschule	weiblich	41	34
	männlich	51	37
	gesamt	45	35
durch die Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten/ Fachbereiche	weiblich	49	41
	männlich	50	40
	gesamt	50	41
über Frauenstudiengänge	weiblich	22	12
	männlich	23	14
	gesamt	23	13
über Frauen- und Geschlechterthemen in Lehre und Forschung	weiblich	35	12
	männlich	33	15
	gesamt	34	12
durch die Hochschulleitung	weiblich	40	25
	männlich	39	29
	gesamt	39	27
in der Öffentlichkeitsarbeit	weiblich	50	21
	männlich	47	36
	gesamt	49	26
durch zunehmende Präsenz von Wissenschaftlerinnen	weiblich	56	45
	männlich	48	46
	gesamt	53	46

Quelle: Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg (HoF)

¹⁴ Wir können das auch aus folgendem schließen: Gerade in den ersten Untersuchungsgruppen des 1. Studienjahres nach der einleitenden Instruktion durch die Untersuchungsleiterinnen (Freiwilligkeit, Anonymität, keine Kommunikation untereinander usw.) kamen Fragen von den StudentInnen – und zwar ausschließlich zu diesem Indikator, bei dessen Antwortmodell eine Ausweichposition außer Acht gelassen wurde, wie zu antworten sei, wenn sie den abgefragten Sachverhalt nicht kennen oder nicht beurteilen können. In der Folge haben wir deshalb schon in der Instruktion darauf hingewiesen, dass in solchen Fällen die Antwortkästchen unbeantwortet übersprungen werden sollen.

Aber: Im Laufe des Studiums werden die Urteile der Studierenden nicht etwa positiver, wie man vermuten könnte, sondern im Gegenteil teilweise deutlich negativer! Das kommt besonders bei den Frauen- und Geschlechterthemen in Lehre und Forschung zum Ausdruck, wo ein Rückgang der Zustimmung zu den „Bemühungen“ vom 1. zum 4. Studienjahr von 34 Prozent auf nur 12 Prozent festgestellt wurde. Auch die Zustimmung zur Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen halbierte sich nahezu vom 1. zum 4. Studienjahr (49 zu 26 Prozent)!

Da diese Informationen für die Verantwortlichen an den Hochschulen besonders relevant sein können, sollen noch die Unterschiede der Befunde für die Studienanfängerinnen und das letzte Studienjahr angeführt werden:

Die konkreten Bemühungen an der eigenen Hochschule um die Gleichstellung der Geschlechter werden zwischen den Studierenden des 1. und 4. Studienjahres recht unterschiedlich eingeschätzt. Doch kommt es nicht zu einer Zunahme positiverer Urteile, wie man annehmen könnte. Im Gegenteil, weibliche wie männliche Studierende äußern sich zum Ende des Studiums bei fast allen der vorgegebenen Merkmale negativer als am Studienanfang. Das trifft besonders auf die Studentinnen zu, die im Laufe des Studiums zu kritischeren Urteilen gelangen als ihre männlichen Kommilitonen. Offensichtlich sind ihre Erwartungen an die Hochschule zu Studienbeginn im Laufe des Studiums weniger bestätigt worden.

7. Ausblick und Handlungsbedarf

Insgesamt ergibt unsere Untersuchung bezüglich gleichstellungsrelevanter Einstellungen und Urteile unter Studierenden sehr erfreuliche Ergebnisse zu ihrer *eigenen Situation im Studium*: Fast alle – weibliche wie männliche gleichermaßen – sehen die Chancengleichheit der Frauen in diesem Bereich als völlig bzw. im Wesentlichen verwirklicht (vgl. Tabelle 3); es gibt hier keine Situationen im Sinne von Benachteiligungen qua Geschlecht bzw. Konkurrenzen oder gar Konflikten zwischen den Geschlechtergruppen.

Für andere soziale Bereiche fällen sie deutlich kritischere Urteile, insbesondere hinsichtlich der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, in den beruflichen Karrierechancen und in der Politik. Dabei fällt auf, dass die Studierenden schon mit insgesamt ziemlich stabilen Einstellungen gegenüber den hier erfragten Themen an die Hochschulen kommen. Diese Einstellungen haben sich bereits *vor dem Studium* weitgehend herausgebildet. Während der Studienzeit ändern sie sich meist nur noch wenig und wenn, dann in keiner bestimmten Richtung.

Sehr positiv ist zu bewerten, dass fast drei Viertel der Studierenden sehr selbstbewusst weitere Verbesserungen zur Gleichstellung der Frauen einfordern und sie dafür gleichzeitig die *Eigenverantwortung und den Handlungswillen der Frauen* betonen.

Evident scheint, dass gleichstellungsbezogene Haltungen der Studierenden eingebettet sind in *politische Grundpositionen*, was eine noch stärkere einschlägige

Verantwortung der politischen Bildung¹⁵ deutlich macht. Dies legt darüber hinaus auch der empirische Befund nahe, dass – wenn auch für die noch vorhandenen Benachteiligungen der Frauen hauptsächlich die aus der Vergangenheit herrührenden patriarchalisch dominanten Traditionen und entsprechenden Erziehungsstile im Elternhaus angegeben werden – immerhin noch mehr als jede/r Vierte unter den Studierenden in konservativer Weise die Gründe für weibliche Benachteiligung in unserer Gesellschaft in biologischen Gegebenheiten oder im so genannten psychischen „Wesen“ der Geschlechter sieht!

Deutlich bis teilweise drastisch konservativere Positionen bezüglich der heutigen Geschlechterverhältnisse bzw. „positivere“ Urteile zum erreichten Stand der Geschlechtergleichstellung haben *männliche Studierende*, die sich womöglich unter zunehmender Arbeitsmarktkonkurrenz und anderen gesellschaftlichen „Gegenwind“-Bedingungen (sozusagen als „Besitzstandsbewahrung“) zukünftig nicht nur verstetigen, sondern eher verstärken werden. Das ist auch insofern bemerkenswert und bedenklich, als für den Bereich der Geschlechterverhältnisse und ihrer künftigen Gestaltung die ansonsten unterstellte und teilweise beobachtete zunehmende Annäherung der Denk- und Verhaltensmustern von Mädchen und Jungen heute so nicht zutrifft und für die Zukunft möglicherweise auch nicht stattfinden wird.

Gleichstellungsrelevante Bemühungen der eigenen Hochschule sind den Studierenden entweder nicht bekannt oder werden als eher bedeutungslos wahrgenommen; die Urteile der Studierenden dazu werden sogar im Laufe des Studiums noch distanzierter. Das scheint bedenklich! Bemerkenswert ist jedoch die Bedeutung, die die Studentinnen und Studenten einer möglichst zunehmenden Präsenz von Frauen unter den HochschullehrerInnen beimessen (vgl. Tabelle 10).

Nun müssen die letztgenannten Befunde allerdings auf dem Hintergrund einer insgesamt *nur partiellen Akzeptanz von Gleichstellungsinstrumenten* durch die StudentInnen gesehen werden. Nichtsdestotrotz bedarf es an den Hochschulen sicher einer größeren Transparenz über die tatsächlichen hochschuleigenen gleichstellungspolitischen Bemühungen und Angeboten.

Der bedeutendste Handlungsbedarf scheint uns jedoch in Folgendem zu liegen: in einer *verstärkten Implementierung des Themas „Geschlechterverhältnisse“ in die Lehrinhalte* im Sinne wissenschaftlicher Informationen über und Sensibilisierung für Geschlechterverhältnisse in unserer Gesellschaft. Über die Einbeziehung des Themas in vorhandene Lehrgebiete hinaus sollten – nicht zuletzt angesichts der besonders kritischen Sicht der Studierenden gegen Ende ihres Studiums – explizite Veranstaltungen zu Frauen- und Geschlechterthemen angeboten werden.¹⁶

Nun haben wir – nach den Ergebnissen unserer Untersuchung (relativ stabile gleichstellungsrelevante Urteile schon vor dem Studium, kaum Veränderungen

¹⁵ Unbestritten sind die Geschlechterverhältnisse/die Stellung der Frau bereits jetzt in der politischen Bildung verankert. (vgl. Gerhards/Hölscher 2003)

¹⁶ An Universitäten (im Vergleich mit den hier untersuchten Fachhochschulen) ist letzteres bekanntlich mit – inzwischen traditionellen – Ringvorlesungen häufig bereits der Fall. Zudem verfügen Universitäten teilweise auch über entsprechende Forschungszentren bzw. An-Institute, die nicht nur solche Ringvorlesungen unterstützen bzw. organisieren, sondern auch Vernetzungsarbeit in Lehre und Forschung zwischen den Fakultäten/Fachbereichen leisten und „klimatische“ Veränderungen bewirken.

während des Studiums, deutliche Korrelate zum politischen Standort) und nachdem die StudentInnen in ihrer bisherigen Biografie kaum Diskriminierungserfahrungen qua Geschlecht ausgesetzt waren – Anlass anzunehmen, dass solche Einbindung des Themas in die Lehre kaum unmittelbare bzw. zeitnahe Effekte bezüglich Einstellungs- oder gar Verhaltensänderungen unter den StudentInnen haben werden.¹⁷ Jedoch: Die (möglicherweise erstmalige) seriöse Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem Thema wird mit hoher Wahrscheinlichkeit „Langzeitfolgen“ haben und einen späteren Rückgriff ermöglichen unter mindestens doppelter Perspektive: Zum einen werden die HochschulabsolventInnen in ihren künftigen Berufsfeldern und Positionen notwendiges Wissen über die Geschlechterverhältnisse im Allgemeinen und auf dem Arbeitsmarkt im Besonderen abrufen können¹⁸. Zum anderen werden die Frauen unter ihnen – bei leider nach dem Studium recht raschen wahrscheinlichen Erfahrungen mit subtilen oder offenen Benachteiligungen gegenüber männlichen Kollegen im Allgemeinen und mit der „gläsernen Decke“ auf dem eigenen beruflichen Entwicklungsweg im Besonderen – sich darauf besinnen, dass solche Erfahrungen mitnichten ihnen allein widerfahren, sondern an die soziale Kategorie „Geschlechtszugehörigkeit“ gebunden sind. Sie werden strukturelle Diskriminierungsmechanismen und Aufgabenzuweisungen qua Geschlecht (nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch im „privaten“ Bereich) zumindest eher als solche wahrnehmen und so für Möglichkeiten und Aushandlungsprozesse zu deren Überwindung (einschließlich entsprechender Kompetenzentwicklung) besser gerüstet sein. Dass dies vonnöten ist, zeigt auch unser Befund (vgl. Tabelle 3), dass zwar vergleichsweise wenige Studentinnen eine derzeitige Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt (31 Prozent) und bei der beruflichen Karriere (23 Prozent) sehen, für ihr eigenes künftiges Berufsfeld jedoch mehrheitlich (64 Prozent) sehr/(zu) optimistisch urteilen. Notwendige Grundlagen für solche soziale Kompetenzen zu legen sollten Hochschulen als wichtige Aufgabe und Qualitätskriterium implementieren, wenn deren (sicht- und messbarer) Erfolg auch schwer „abrechenbar“ ist¹⁹. Jedoch: Die für Europa deutliche (und sicher irreversible) normative, juristische und in wachsendem Maße über rechtliche Sanktionen konkretisierte Gender-Mainstreaming-Strategie bedarf offenbar immer stärkerer AkteurInnen für ihre Durchsetzung angesichts der einleitend umrissenen schon begonnenen und künftig noch intensiver zu erwartenden Widerstände, insbesondere der impliziten strukturellen und normativen Effekte sozialer Reformen.

¹⁷ Diese Annahme sehen wir auch durch einen Test bestätigt, den wir vor und nach einem Semester „Geschlechtersoziologie“ unter einer Gruppe von 30 StudentInnen durchgeführt haben und der – nach Auseinandersetzung mit dem Thema – kaum Veränderungen auf der Einstellungs-/Urteils-/Akzeptanzebene bezüglich Geschlechtergleichstellung erbrachte.

¹⁸ nicht wenige von ihnen auch angesichts ihrer – qua Position – Verantwortung für die Durchsetzung der Gender-Mainstreaming-Strategie

¹⁹ Das trifft evidentermaßen auf eine Vielzahl von Maßnahmen/Instrumenten für und sonstigen Bemühungen um Geschlechtergleichstellung zu (sofern sie sich – zunächst – nicht in harten Daten niederschlagen), die oft „weiche“ Prozesse induzieren: Sensibilisierung, Problembewusstsein, gesellschaftliches/betriebliches „Klima“ usw.

Last but not least legen die Untersuchungsergebnisse nahe, dass – wenn Gleichstellungsstrategien und -politiken für ihre Durchsetzung (immer wieder) der Information über ihre Begründungsgrundlagen bedürfen sowie der mehrheitlichen Akzeptanz durch die Bevölkerung und PolitikerInnen – denen deutlich mehr Aufmerksamkeit zu widmen ist. Und dabei beschränkt sich die Untersuchung nur auf eine „positive“ Selektivpopulation der Bevölkerung!

Selbstverständlich sind wir weit davon entfernt anzunehmen, dass die Probleme der gesamtgesellschaftlich noch asymmetrischen Organisation der Geschlechterverhältnisse allein durch die Hochschule zu lösen sind. Und ebenso verkennen wir nicht, dass es im Wissenschafts- und Hochschulbetrieb und den Führungspositionen in Wirtschaft und Politik nach wie vor immanente „männliche“ Strukturen gibt – z.B. das Muster der WissenschaftlerInnen- und insbesondere ProfessorInnen-Biografie/die zeitliche und mobile Verfügbarkeit von ManagerInnen, die frei sind von Familienaufgaben.

Jedoch: Die hohen Schulen sind (auch in ihrem Selbstverständnis) *der Ort* der Wissensgenerierung und -vermittlung in unserer Gesellschaft und damit ganz wesentlich beteiligt an der *Modernisierung der Gesellschaft* sowie die Rekrutiererinnen künftiger Eliten. Insofern kommt ihnen eine avantgardistische Funktion auch für die Geschlechtergleichstellung zu.

9. Literatur

Berghahn, Sabine (2002): Supranationaler Reformimpuls versus mitgliedstaatliche Beharrlichkeit – Europäische Rechtsentwicklung und Gleichstellung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34/2002 v. 19.8.2002

Fraueninteressen und Frauenpolitik. Eine Repräsentativbefragung zu den Interessen von Frauen und ihren Erwartungen an die Politik (2000). Allensbach: Institut für Demoskopie

Gerhards, Jürgen; Hölscher, Michael (2003): Kulturelle Unterschiede zwischen Mitglieds- und Beitrittsländern der EU. Das Beispiel Familien- und Gleichberechtigungsvorstellungen. In: Zeitschrift für Soziologie 3/2003, S. 206-225

Gleichberechtigung von Frauen und Männern: Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung. Ergebnisse zweier repräsentativer Bevölkerungsumfragen (ipos-Umfrage Nov. 1995). Bonn/Mannheim: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Institut für praxisorientierte Sozialforschung, 1996 (= Materialien zur Frauenpolitik 55)

100 Begriffe aus der Gleichstellungspolitik (1999). Glossar der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Europäische Kommission/Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten, Referat V/D.5

Richter, Ingo (2002): „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – Vortrag auf dem 17. Symposium des DJI in Berlin am 22.4.2002 (<http://www.zwd-online.de>)

Schlegel, Uta (1993): Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig (= Texte zur politischen Bildung Heft 5)

Schlegel, Uta (1997): Gleichberechtigung der Geschlechter in der DDR - Mythos und Realität. In: Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard (Hg.): Alltag in der DDR. Eggersdorf: Verlag Matthias Kirchner, S. 201-236 (= Ansichten zur Geschichte der DDR Bd. 8)

Schlegel, Uta (1998): Warum fehlt ostdeutschen Frauen politisches Engagement? Ein Streitgespräch. 6. Brandenburgische Frauenwoche. Potsdam

Schlegel, Uta (2000): Politische Einstellungen ostdeutscher jüngerer und „älterer“ Frauen im Kontext ihrer Lebenszusammenhänge. Berlin: Rosa-Luxemburg-Bundesstiftung (= Reihe „Manuskripte“)

Schlegel, Uta (2001): Wie und warum ostdeutsche Frauen heute ihre gesellschaftliche Stellung (nicht) reflektieren. In: Schlegel, Uta/Ludwig, Johanna (Hg.) Wie gedacht - so vollbracht? Berichte vom 8. Louise-Otto-Peters-Tag 2000. Leipzig (= LOUISEum 14; Sammlungen und Veröffentlichungen der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. Leipzig), S. 116-130

Schlegel, Uta (2002): Weibliche Entscheidungszwänge und politische Distanz. In: Förster, Peter: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit – Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen: Leske + Budrich, S. 289-301

Schlegel, Uta (2003): Frauenzeitschriften aus ostdeutscher Perspektive: Frauenbilder, Rezeption, MacherInnen und Entwicklungen. In: Nagelschmidt, Ilse (Hg.): Frauenforscherinnen stellen sich vor. Ringvorlesung Teil VII (Sommersemester 1998 bis Sommersemester 2001). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag (= Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Reihe A; Bd. 3), S. 249-288

Wetterer, Angelika (2002): Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen. In: Frank, Brigitte (Hg. i.A. des Verbandes Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen): Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming (= Rundbrief 25/2002)